

4. Atomenergie im echten Wettbewerb?

Frage:

Die Regierungsparteien sowohl in Hessen als auch im Bund sehen sich als Hüter und Förderer des Wettbewerbs; mit welchem Konzept soll künftig - nach den Vorstellungen **Ihrer** Partei - kostendeckender, wettbewerbsfähiger Atomstrom angeboten werden und zwar unter Einrechnung aller relevanten Kosten, z.B. einschließlich Rohstoffe, Anlagenbau, -unterhaltung, -rückbau, Versicherung, Produktion, Entsorgung?
Wo ist dieses Konzept für Ihre Partei hinterlegt? (Parteiprogramm, Grundsatzprogramm, Wahlprogramm, Gesetzesantrag)

Antworten:

CDU:

Keine strukturierte Rückmeldung, lediglich eine allgemeine Darstellung zur CDU-Atompolitik.

SPD:

In 9 Jahren 31.12.2022 werden die letzten drei AKWs abgestellt. Wann welches AKW vom Netz geht wurde damit ebenfalls beschlossen. Dies steht in § 7 Abs. 1 a) Atomgesetz. Biblis A und Biblis B sind bereits am 06.08.2011 vom Netz gegangen. Unabhängig davon hat sich gerade bei der Endlagersuche gezeigt, dass wenn man alle Kosten für Atomstrom zusammenrechnet, Atomenergie nicht kostendeckend und nicht wettbewerbsfähig angeboten werden kann. Es bedurfte allerdings erst der Katastrophe in Japan, um die Regierung Merkel davon abzuhalten, den von Rot-Grün beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie rückgängig zu machen und der Kernenergie zu einer unheilvollen Renaissance zu verhelfen.
Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass wegen der hohen Kosten sowie des Ausstiegsbeschlusses ein Konzept für Atomenergie im echten Wettbewerb nicht erstellt werden muss.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Atomwirtschaft hat bisher die Profite eingesteckt und die Risiken sozialisiert. Wir wollen dagegen die Versicherungspflicht deutlich ausweiten.
Darüber hinaus ist für uns klar, dass die Suche nach einem Atommüll-Endlager sowie Rückbau der Anlagen und die Endlagerung vollständig von den AKW-Betreibern zu finanzieren ist. Außerdem sollen die Rückstellungen für Stilllegung und Rückbau in einen öffentlich-rechtlichen Fonds überführt werden. Dies ist in unserem Wahlprogramm klar so beschlossen worden und gehört für uns zur sicheren Umsetzung des 2011 festgelegten Atomausstiegs.

FDP:

Keine Stellungnahme

DIE LINKE:

Unser Ziel ist der unverzügliche Atomausstieg und nicht die Gleichstellung von AKW-Betreibern mit anderen Wettbewerbern. Aus diesem Grund tauchen im Programm für die Bundestagswahl 2013 bewusst nicht die Forderungen nach einer Kernbrennelementesteuer und nach einer angemessenen Haftpflichtversicherung für AKW-Betreiber auf. Denn dies

wäre nur die zweitbeste Lösung.

DIE LINKE fordert die Überführung der Rücklagen der AKW-Betreiber für Rückbau und Atommülllagerung in einen öffentlich-rechtlichen Fonds, nachzulesen u.a. im Antrag „Überführung der Rückstellungen der AKW-Betreiber in einen öffentlich-rechtlichen Fonds“, der im April 2011 von der Bundestagsfraktion DIE LINKE in den Bundestag eingebracht wurde (Bundestagsdrucksache 17/5480).